

Pyrrhussiege des ökologischen Fundamentalismus

"Noch so ein Sieg und wir verlieren den Krieg."

griech. Feldherr nach einer siegreichen Schlacht

Es passiert doch noch Überraschendes in der AL. Am 20.09.1989 hat die Mitgliederversammlung der AL beschlossen:

"Die Alternative Liste bestätigt auf Grund der schwerwiegenden Bedenken die Ablehnung des Stromlieferungsvertrages zwischen BEWAG, Preussen-Elektra und Infrac. Die Alternative Liste lehnt den Bau einer Stromtrasse jeglicher Art ab. Sie verpflichtet ihre SenatorInnen, Abgeordneten und sonstigen MandatsträgerInnen, diesen Beschluß zur verbindlichen Grundlage ihres Handelns zu machen."

Der Beschluß ist zustande gekommen aufgrund der erfolgreichen telefonischen und sonstigen Mobilisierung der "Betroffenheit" der Leute über die Stromtrasse, die diesen Beschluß als bald Beschluß sein lassen werden - aus "Betroffenheit" über das sonst eintretende Entfallen rot-grüner Errungenschaften auf irgendeinem anderen Teilgebiet der Politik sowie mangels analytischen und strategischen Weitblicks.

Eigentlich war der von der MVV angenommene Antrag von ÖkosozialistInnen u.a. eine Zumutung für die AL und für die (radikale) Linke außerhalb der AL Verarschung; und deshalb von der MVV auch eigentlich gar nicht anzunehmen; es sei denn, um sich an der Verarschung zu beteiligen.

Das wichtigste Argument der ProtagonistInnen des Antrages war die Exegese des Stromlieferungsvertrages und der §§ 14, 15 Naturschutzgesetz. Bei dieser Argumentation bleibt völlig außen vor, daß der juristische Spielraum des Senats erst dann von Interesse ist, wenn er den politischen Willen hat, sich zu bewegen. (Womit nicht bestritten werden soll, daß der jeweilige Stand des juristischen Diskurses auch seine Rückwirkungen darauf hat, was politisch konsensfähig ist.) Gerade die behauptete Dürftigkeit der juristischen Argumentation der SPD ist doch als Indiz dafür zu betrachten, daß die SPD nicht (nur) juristische, sondern in erster Linie politische und ökonomische Bedenken hat,

den Vertrag zu kündigen. Und mit diesen Bedenken steht die SPD in einer Koalition mit IHK, (Teilen des?) DGB sowie der DDR.

Das ökonomische Interesse des Bewag/Preussen-Elektra-Konzerns an dem Vertrag sowie das ökonomische Interesse des Westberliner Kapitals an dem Strom aus der BRD, der billiger ist als der hier erzeugte, wurden konsequent dematisiert. Mit einer Ausnahme:

"Der Senat darf nicht als Zustimmungsgremium für die Bewag mißbraucht werden!" - Der Saal tobt vor Begeisterung, auch die, die sich für ÖkosozialistInnen halten. Ganz als ob der Gebrauch des bürgerlichen Staates für das Kapitalinteresse nicht gerade zweckgemäß ist.

Entsprechend sind die strategischen Überlegungen zur Durchsetzung des Beschlusses: Innerparteilich wird das imperative Mandat herangezogen, gesellschaftlich wird die Hoffnung verbreitet, das Verwaltungsgericht prüfe die Rechtslage "auf besserer Grundlage" als das vorliegende Rechtsgutachten - soweit zur juristischen Durchsetzung - und politisch: "Wir dürfen nicht immer nur Kompromisse fordern." Als ob es mit dem Fordern getan wäre...

Dabei waren die AL-Fundis während ihres Treffens am 25.08. zu der richtigen Einschätzung gelangt, daß ihre Position wohl nur um den Preis des Koalitionsbruchs zu halten sei und wollten deshalb einen entsprechenden Antrag stellen. Die - für viele AL-lerInnen bittere - Wahrheit wurde in dem schließlich gestellten Antrag aber opportunistisch verschwiegen. Die AL-Fundis schicken die AL-Truppen in eine Auseinandersetzung, auf die sie sich nicht vorbereitet haben. Das ist typisch linksradikales SektiererInnenstum! An diesem Zusammentreffen zweier scheinbarer Gegensätze - Opportunismus und SektiererInnenstum - zeigt sich wieder einmal die Bereitschaft eines bemerkbar russischen Revolutionär dieses Jahrhunderts analysierte Konvergenz von Rechts- und Linksopportunisten.

Wenn der Antrag der Fundis nicht nur dazu dienen sollte, sich selbst und den revolutionären Kräften in der Stadt die vermeintliche ("vermeintliche") deshalb, weil sich Politik nicht an dem richtigen Willen, sondern an den realen Effekten messen lassen muß) Radikalität des ökosozialistischen Politikansatzes zu demonstrieren und bei einem halbwegs erfolgreichen Abstimmungsergebnis einen Vorwand für die

weitere AL-Mitgliedschaft zu haben, dann hätte der AL ein ernsthafter Vorschlag unterbreitet werden müssen, wie diese Position praktisch durchzuhalten ist. (apropos "ernsthafter Vorschlag": solche Vorschläge der AL zu machen, denke ich, ist Aufgabe von AL-Mitgliedern; wer/welche das nicht machen will - wofür es gut Gründe gibt - soll die Partei verlassen; es sei denn das eigene Vorgehen ist gemeint als Destruierung einer feindlichen Partei - wobei sich dann folgende Fragen stellen: Wie lange wird eine Destruierungspolitik mit diesem Mittel Erfolg haben? Ist es sinnvoll, diese Destruierungspolitik ausgerechnet gegenüber der gemäßigsten der herrschenden Parteien zu betreiben?)

Aber zurück zu unserem Thema: In Anbetracht der massiven ökonomischen Interessiertheit des Kapitals an der Stromtrasse, wird es - wie gesagt - so sein, daß die Ablehnung der Stromtrasse nur aufrechtzuhalten ist, wenn mensch bereit ist, die Koalition zu brechen.

Damit ist es nicht falsch, diese Position aufrechtzuhalten - nur muß die Konsequenz vorher deutlich benannt und eine Umgehensweise damit entwickelt werden - aus einem ganz einfachen Grund: um die Rate der DeserteurInnen in der späteren Auseinandersetzung möglichst gering zu halten.

D.h. im konkreten Fall, daß es nicht ausreicht, nur einen verbalradikalen Antrag zu stellen "Wir sind weiterhin gegen die Stromtrasse!" und dafür die ökologisch sensibilisierte Basis auf die MVV zu mobilisieren, sondern für die nachfolgende Auseinandersetzung, für den Koalitionsbruch, für den anschließenden Wahlkampf ist eine Strategie zu entwickeln: Das würde bedeuten, nicht nur die ökologische Klientel zu mobilisieren, sondern vor Stellung eines solchen Antrages mit allen möglichen, auch gerade zu anderen Themen arbeitenden Gruppen und Organisationen Gespräche zu führen, mit dem Ziel von dieser Unterstützung zu erlangen in einer solchen Auseinandersetzung. Das hieße vorher bei den Gewerkschaften, bei linken Intellektuellen, an den Unis, bei den ASten, bei den großen MieterInnenorganisationen, bei BürgerInnenrechtsgruppen etc. für die eigene Position zu werben, die Widersprüche in die

SPD zu treiben (wofür es in Anbetracht der ebenfalls die Stromtrasse ablehnenden Position der Spandauer SPD durchaus Möglichkeiten gibt), und das hieße den Wahlkampf politisch, organisatorisch, personell und finanziell vorzubereiten, um so zwar die eigene Position vielleicht nicht gesellschaftlich durchzusetzen, aber Neuwahlen halbwegs glimpflich durchzustehen. "Aber nein", sagen die Fundis, "es reicht aus, mehr als nur Kompromisse zu fordern."

Immerhin haben sie aber inzwischen auf dem Sonder-Delegiertenrat der AL am 25.09.1989 beantragt und durchgesetzt, daß der nächste Stachel mit dem Schwerpunktthema Stromtrasse erscheinen soll, und daß eine Veranstaltung zu diesem Thema durchzuführen ist.

Wer kein Drohpotential hat, kann auch nicht (die SPD) erpressen.

Ohne diese Vorbereitung steht zu befürchten, daß dieser Beschluß genauso Makulatur sein wird, wie der der AL-MVV zur Ablehnung des Grenzüberganges Schichauweg, und darüber hinaus der Stabilisierung der über die Praxis der Koalition frustrierten Psyche der AL-Mitglieder dient.

Entweder wird dieser Beschluß gleichfalls von den FunktionärInnen der AL ignoriert - dann wäre das einzige Ergebnis des Beschlusses, das imperative Mandat noch mehr untergraben zu haben - oder es kommt an dieser Frage zur Polarisierung innerhalb der Koalition und die heutigen VerfechterInnen des verbalen Radikalismus werden größtenteils umfallen und auf einer weiteren MVV die Koalition retten - in diesem Fall wäre das Ergebnis des fundamentalistischen Pyrrhussieges von dieser MVV die wahrscheinlich noch größere Isolierung der ÖkosozialistInnen danach. (Verspielt wäredamit wahrscheinlich nicht nur die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der AL-Position und des Koalitionsbruchs, sondern selbst die Möglichkeit der Schadensbegrenzung innerhalb der Koalition, wie sie auf der MVV mit der 110 V-Trasse vorgeschlagen worden ist.) Die fundamentalistischen Abstimmungssiege waren schon in Hessen Meilensteine auf dem Weg der Grünen in die Koalition, in Westberlin werden sie der SPD/AL-Koalition das Leben verlängern. So bewegt sich die Scheinkritik der ÖkosozialistInnen in der Logik, die sie eigentlich kritisieren wollen.

Schade, daß man nur einmal austreten kann...

Ein ehemaliges AL-Mitglied in der PROWO-Redaktion (sehr nachvollziehend Teile der Red.)

PROWO fragt - AJW antwortet nicht

Eigentlich sollte in dieser PROWO ein Interview mit einem Mitglied der Alternativen Jugendorganisation Westberlin (AJW) zu den nachfolgenden formulierten Kritiken und aufgeworfenen Fragen erscheinen. Dieses Interview kam aufgrund von Terminschwierigkeiten des geplagten Jung-Funktionärs leider nicht zustande. Allerdings hat er eine Replik für die nächste PROWO ins Auge gefaßt. Wir sind gespannt ...

Die verschlungenen Wege des AL-Jugend-Bereiches

Vor ca. 1 1/2 Jahren hat der AL-Jugend-Bereich noch zusammen mit dem AL-Hochschul-Bereich die Veranstaltungsreihe "Schwarz-Rote Perspektiven", die der Entwicklung einer "eigenen Position" der "antikapitalistischen, radikalen Linken" dienen sollte, durchgeführt. Jetzt transformiert er sich in eine Regierungsjugendorganisation - Anfang September wurde die Alternative Jugendorganisation Westberlin (AJW) auf der Taufe gehoben. Das verwunderte Publikum fragt sich: Gibt es eine linksradikale Regierungsjugend?

"Aber selbstverständlich", antworten zwei Protagonisten des Projektes dem SFB, dem augenscheinlich eher Interviews gegeben werden als der PROWO: "Die Gründung der AJW soll unsere Unabhängigkeit von der AL stärken. Es geht um eigene Programmatik, eigene Inhalte, eigene Praxisformen."

Dies muß die LeserInnen der AJW-Plattform einigermaßen überraschen, heißt es dort doch: "Wir sehen in der AL, mit der wir viele inhaltliche Übereinstimmungen haben, unsere parlamentarische Vertretung und unterstützen deshalb die AL kritisch." Das ist interessant: Sie haben ein kritisches Verhältnis zur AL, weil sie viele inhaltliche Übereinstimmungen haben. Daß dies kein bloßer lapsus linguae ist, zeigt sich daran, daß sich die Plattform insgesamt in eine Kurzfassung des AL-Programmes liest. Da ist es auch kein Wunder, daß die beiden Protagonisten in ihrem bereits erwähnten Interview sagten, sie müßten Lobbyarbeit für den Senat machen.

Nur ein Beispiel: Die AJW kritisiert die Flucht vieler Jugendlicher in eine "Schwarzwelt aus Alkohol, Drogen, Spielhallen oder Video-Berieselung". Die Ursachen dieser Konsumweise, der Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnissen, bleiben aber unanalysiert. Folgerichtig werden zur Abhilfe auch nur "ökonomische", und das sind - wie schon in "Was tun?" (Lenin) nachgelesen werden kann - immer reformistische Forderungen, aufgestellt: Ausbildungsplatzabgabe und Mindesteinkommen.

Die AJW will "die Notwendigkeit von umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen" aufzeigen und "Bewegungen voran...bringen". In Anbetracht des von der AJW bisher entwickelten Instrumentariums möchten wir dann schon noch gerne wissen, wie sie dies erreichen will und was sie sich unter "umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen" vorstellt.

Red.